

Offenes Verfahren OV RE2/2442/13

Teil A – Allgemeiner Teil (Bewerbungsbedingungen)

Einführung und Betrieb einer Lernplattform für Bremen
und Bremerhaven

Kurzbezeichnung: „Lernplattform“

WICHTIG! BITTE LESEN!

Wichtiger Hinweis zum Vergabeverfahren:

Das Offene Verfahren gemäß § 101 Abs. 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist ein streng formalisiertes Verfahren.

Das Vergabeverfahren erfolgt nach dem Abschnitt 2 der VOL/A. Die Ausführungen und Bestimmungen in den Vergabeunterlagen konkretisieren die Regelungen der VOL/A Abschnitt 2, die uneingeschränkt gelten.

In den Vergabeunterlagen werden unter anderem Anforderungen an das Angebot gestellt, Bedingungen definiert und Angaben verlangt (Bsp.: Angaben über den Bieter); werden diese nicht entsprechend den Vergabeunterlagen bei Erstellung des Angebotes berücksichtigt, ist das Angebot unvollständig. Nach der Rechtsprechung können unvollständige Angebote vom Verfahren ausgeschlossen werden. Es ist für eine erfolgreiche Teilnahme am Verfahren daher unbedingt erforderlich, die Vergabeunterlagen sorgfältig und vollständig zu lesen. Erklärungen und Nachweise, die bis zum Ablauf der Angebotsfrist nicht oder nicht vollständig vorgelegt wurden, dürfen nur nach Aufforderung durch den Auftraggeber nachgereicht werden.

Erkennt ein Bieter Fehler/Unklarheiten/Widersprüche o.ä. in den Vergabeunterlagen, so ist er verpflichtet, darauf in Form von Bieterfragen hinzuweisen (siehe auch Ziffer 4.2.2.).

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeines	4
1.1 Auftraggeber im Vergabeverfahren	4
1.2 Grundlegendes	4
2. Beschreibung von Dataport.....	5
3. Beschaffungsgegenstand	5
4. Durchführung des Vergabeverfahrens	6
4.1. Zeitplan	6
4.2. Allgemeines / Kommunikation	7
4.2.1. Informationen und Kommunikation.....	7
4.2.2. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen / Zusätzliche Auskünfte	7
4.2.3. Zusätzliche Mitteilungspflichten.....	8
4.3. Bietergemeinschaften / verbundene Unternehmen / Nachunternehmer	8
4.3.1. Bietergemeinschaften	8
4.3.2. Verbundene Unternehmen.....	8
4.3.3. Nachunternehmer	9
4.4. Anforderungen an das Angebot	10
4.4.1. Allgemeine Anforderungen.....	10
4.4.2. Anforderungen an die Preisgestaltung	11
4.4.3. Lose.....	11
4.4.4. Nebenangebote und Änderungsvorschläge	12
4.5. Angaben über den Bieter	12
4.5.1 Erklärungen	12
5. Verfahren nach Submission	14
5.1. Verfahrensablauf nach Eingang der Angebote	14
5.1.1. Ordnungsmäßigkeitsprüfung	14
5.1.2. Eignungsprüfung.....	14
5.1.2.1. Schritt 1: Fachkunde	14
5.1.2.2. Schritt 2: Leistungsfähigkeit	15
5.1.2.3. Schritt 3: Gesetzestreue und Zuverlässigkeit	17
5.1.3. Preisauskömmlichkeit	17
5.1.4. Wirtschaftlichkeitsprüfung	17
5.2. Information über die Zuschlagsabsicht / Erteilung des Zuschlags	18
6. Vergaberechtliches Nachprüfungsverfahren	18
Anhang zu den „Bewerbungsbedingungen“: Beschreibung der Nutzwertanalyse	19

1. Allgemeines

1.1 Auftraggeber im Vergabeverfahren

Auftraggeber:

Die Freie Hansestadt Bremen
vertreten durch:
Die Senatorin für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen.

Der Auftraggeber hat Dataport mit der Durchführung des Vergabeverfahrens beauftragt (siehe zu Dataport Ziffer 2).

1.2 Grundlegendes

Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung des Angebotes verwendet werden; die Verwendung für andere Zwecke bedarf der Zustimmung. Der Inhalt der Vergabeunterlagen ist vertraulich zu behandeln; der Bieter hat – auch nach Beendigung der Angebotsphase – über die ihm bei seiner Tätigkeit bekanntgewordenen Angelegenheiten des Auftraggebers Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu auch die bei der Erstellung des Angebotes beschäftigten Mitarbeiter/innen sowie einbezogene Nachunternehmer und Lieferanten zu verpflichten.

Mit dem in Teil A der Vergabeunterlagen (dieses Dokument) und seiner Anlagen einheitlich verwendeten Begriff „Bieter“ ist das sich um den Auftrag bemühende Unternehmen gemeint, unabhängig davon, ob die korrekte Bezeichnung je nach Verfahrensstand „Interessent“, „Bewerber“, „Bieter“ oder „Auftragnehmer“ ist.

Für die Erstellung des Angebotes wird keine Vergütung gewährt. Die Angebotsunterlagen werden nicht zurückgegeben.

Nicht vom Auftraggeber verlangtes Prospektmaterial (allgemeine Werbebroschüren etc.) sollte nicht beigelegt werden. Es bleibt bei der Wertung der Angebote unbeachtet.

Jeder Bieter darf nur ein Angebotsdeckblatt ausfüllen und einreichen. Für das Angebot sind nur die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen

zu verwenden; diese sind vollständig bei Dataport über die unter Nr. 4.2.1. angeführte E-Mail-Adresse abzufordern.

Dataport versendet die Vergabeunterlagen per E-Mail an die abfordernde Stelle. Für eine eventuelle interne Weiterleitung ist Dataport nicht verantwortlich.

Der Auftraggeber weist auf die Vorschriften zur Bezeichnung der technischen Anforderungen gemäß § 8 EG VOL/A hin. Demgemäß gilt für jede technische Anforderung dieser Ausschreibung, die auf ein Produkt bzw. eine Norm (DIN, EN etc.) Bezug nimmt, der Zusatz „oder gleichwertig“.

Es liegt im eigenen Interesse eines jeden Bieters, im Hinblick auf ein eventuelles Nachprüfungsverfahren schon in seinen Angebotsunterlagen auf wichtige Gründe, die nach § 111 Abs. 2 GWB die Vergabekammer veranlassen, die Einsicht in die Akten zu versagen, hinzuweisen und diese in seinen Unterlagen entsprechend kenntlich zu machen (Geheimnisse, insbesondere Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse). Der allgemeine Hinweis auf die Vertraulichkeit der Unterlagen reicht nicht aus.

2. Beschreibung von Dataport

Dataport ist der Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen sowie für den IT-Verbund Schleswig-Holstein und die Steuerverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen.

Die Anstalt des öffentlichen Rechts hat ihren Unternehmenssitz in Altenholz bei Kiel und betreibt Niederlassungen in Hamburg, Rostock, Bremen und Lüneburg. Weitere Informationen über Dataport siehe www.dataport.de.

3. Beschaffungsgegenstand

Siehe Leistungsbeschreibung (Teil B der Vergabeunterlagen).

4. Durchführung des Vergabeverfahrens

4.1. Zeitplan

15.10.2013	elektronische Versendung der EU-Bekanntmachung
11.11.2013	Schluss des Frageforums
13.11.2013	Fragen und Antworten an alle Bieter (anonymisiert) per E-Mail
03.12.2013	Ablauf der Frist für den Eingang der Angebote 13:00 Uhr
KW 50	ggf. verifizierender Test
02.01.2014	§ 101a GWB-Information
13.01.2014	Zuschlag
31.01.2014	Ablauf der Bindefrist für die Angebote
01.02.2014	System soll zur Nutzung bereit stehen

Alle Termine mit Ausnahme des Termins für den Ablauf der Angebotsfrist sind für den Auftraggeber unverbindlich.

Der Auftraggeber bemüht sich, den Zeitplan einzuhalten. Unvorhergesehene Ereignisse wie z.B. Verfahrensrügen oder die Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens durch einen Bieter können aber Anpassungen erfordern, die der Auftraggeber allen Bietern jeweils zeitnah mitteilen wird. Bei der Anpassung des Zeitplans wird der Auftraggeber nach Möglichkeit auf die Bedürfnisse der Bieter Rücksicht nehmen.

Für die Bieter ist der Zeitplan in seiner jeweils vom Auftraggeber mitgeteilten Fassung verbindlich.

Abweichend von der Verbindlichkeit von Anpassungen des Zeitplans für die Bieter gilt im Hinblick auf die Bindefrist: Jeder Bieter ist bis zum Ablauf der hier veröffentlichten ursprünglichen Bindefrist an sein Angebot gebunden. Der Auftraggeber behält sich aber vor, die Bindefrist angemessen zu verlängern, wenn das erforderlich wird, insbesondere im Fall eines Nachprüfungsverfahrens. Bieter, die einer solchen Fristverlängerung widersprechen, scheiden mit Ablauf der für sie geltenden Bindefrist (d.h. der hier veröffentlichten ursprünglichen oder der letzten später festgelegten Bindefrist, der sie nicht widersprochen haben) aus der Wertung aus.

4.2. Allgemeines / Kommunikation

4.2.1. Informationen und Kommunikation

Information und Kommunikation finden im gesamten Vergabeverfahren ausnahmslos schriftlich und in deutscher Sprache statt und zwar grundsätzlich nur per E-Mail über die folgende E-Mail-Adresse:

Dataport
Anstalt des öffentlichen Rechts
E-Mail: DataportVergabe2442@dataport.de

Ausnahmen vom Grundsatz der Übermittlung per E-Mail bestehen nur aufgrund entsprechender gesetzlicher Vorschriften. Der Auftraggeber behält sich vor, neben dem Grundsatz der Übermittlung per E-Mail Informationen auch per Fax oder auf dem Postweg zu versenden.

4.2.2. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen / Zusätzliche Auskünfte

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters inhaltliche Unstimmigkeiten oder Unklarheiten, so hat der Bieter unverzüglich darauf hinzuweisen.

Nachteile, die sich daraus ergeben, dass ein Angebot auf Grundlage unvollständiger Unterlagen abgegeben wurde, gehen zu Lasten des Bieters.

Fragen und erbetene zusätzliche Auskünfte zu den Vergabeunterlagen sind bis zu dem unter Nr. 4.1 genannten Termin (Schluss des Frageforums) an die oben genannte E-Mail-Adresse zu richten.

Die Fragen und die Antworten werden in anonymisierter Form allen Bietern, die die Vergabeunterlagen angefordert haben, unaufgefordert an dem unter Nr. 4.1. aufgeführten Datum per E-Mail zur Kenntnis gegeben. Abweichend hiervon wird der Auftraggeber Auskünfte, die nur den fragenden Bieter betreffen, nur diesem mitteilen, soweit die Informationen für die anderen Bieter nicht relevant sind oder den Vertrauensschutz des fragenden Bieters verletzen. Ebenso wird der Auftraggeber unter Umständen Auskünfte schon vor dem unter Ziffer 4.1 aufgeführten Datum versenden, wenn auf Grund der Art und des Inhalts der Frage/n eine unverzügliche Beantwortung geboten ist. Bei Fragen, die keine zusätzlichen Auskünfte im Sinne von § 12 EG Abs. 8 VOL/A darstellen, prüft der Auftraggeber im jeweiligen Einzelfall, ob er Antworten versendet.

4.2.3. Zusätzliche Mitteilungspflichten

Ist bereits jetzt oder wird im Laufe des Vergabeverfahrens die Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren gesetzlichen Verfahrens über das Vermögen des Bieters eröffnet oder beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt, oder befindet sich der Bieter bereits jetzt oder im Laufe des Vergabeverfahrens in Liquidation oder stellt er nicht nur vorübergehend seine Zahlungen ein, so ist dies über die unter Nr. 4.2.1. angeführte E-Mail-Adresse unverzüglich mitzuteilen.

Ebenso mitzuteilen ist ein Umstand, der eine/mehrere Erklärung/en des Angebotsdeckblatt nachträglich in Frage stellt.

4.3. Bietergemeinschaften / verbundene Unternehmen / Nachunternehmer

Soweit sich Unternehmen mit anderen Unternehmen zu Bietergemeinschaften zusammenschließen oder entsprechende Nachunternehmer hinzuziehen möchten, gelten die nachstehenden Anforderungen.

4.3.1. Bietergemeinschaften

Einzelne Unternehmen können sich zu einer Bietergemeinschaft zusammenschließen. Auf das Erfordernis einer entsprechenden Erklärung wird hingewiesen (**Anlage 5**).

Eine Beteiligung an diesem Vergabeverfahren als Einzelbieter und zugleich als Mitglied einer Bietergemeinschaft ist grundsätzlich unzulässig und führt zwingend zum Angebotsausschluss. Ebenso ist eine doppelte Beteiligung als Mitglied zweier oder mehrerer Bietergemeinschaften grundsätzlich unzulässig mit der Folge, dass die Angebote vom Verfahren auszuschließen sind.

Bietergemeinschaften stehen Einzelbietern gleich. Sie werden nachfolgend beide als Bieter bezeichnet.

4.3.2. Verbundene Unternehmen

Angebote von Unternehmen, die – unabhängig von ihrer Rechtsform – im Sinne des § 15 Aktiengesetz miteinander verbunden sind, können als Angebote eines Bieters gewertet und sämtlich ausgeschlossen werden; es sei denn, dass die Unternehmen mit Angebotsabgabe in Abweichung von der üblichen Verteilung der Darlegungs- und Beweislast Umstände und Vorkehrungen aufzeigen und nachwei-

sen, die die Unabhängigkeit und Vertraulichkeit der Angebotserstellung gewährleisten. Dies kann dadurch geschehen, dass jedes dieser anbietenden Unternehmen jeweils durch die Bestätigung eines Abschlussprüfers oder einer Prüfungsgesellschaft (i.S.v. EU-Richtlinie vom 17.05.2006 über Abschlussprüfungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen) nachweisen kann, dass sie bei Würdigung aller relevanten rechtlichen und tatsächlichen Umstände des Einzelfalles in einem uneingeschränkten Wettbewerb zueinander stehen.

Gleiches gilt bei Beteiligung verbundener Unternehmen an zwei oder mehreren Bietergemeinschaften.

4.3.3. Nachunternehmer

Der Bieter ist noch nicht verpflichtet, Nachunternehmer im Angebot zu benennen, deren Einsatz er bei der Vertragsdurchführung plant. Es reicht aus, dass der Bieter die Angaben und Nachweise auf Verlangen des Auftraggebers unverzüglich, spätestens jedoch vor dem Zuschlagstermin, nachreicht (unter Verwendung der **Anlage 4**).

Ein Bieter darf sich jedoch die Eignung eines Nachunternehmers zurechnen lassen. Voraussetzung dafür ist, dass dieser Nachunternehmer bereits im Angebot unter Verwendung des vom Auftraggeber dafür zur Verfügung gestellten Vordrucks seinen Einsatz rechtsverbindlich zusagt und dass für ihn die geforderten Nachweise eingereicht werden (**Anlagen 3 und 4**). Ein solcher Nachunternehmer, dessen Eignung zugunsten des Bieters gewertet wird, wird im Sinn dieser Bewerbungsbedingungen als „privilegierter Nachunternehmer“ bezeichnet; er wird im Rahmen der Eignungsprüfung so behandelt, als sei er Mitglied einer Bietergemeinschaft. Dieser Nachunternehmer darf sich nicht an einem weiteren Angebot beteiligen bzw. selbst ein Angebot abgeben.

Der Nachunternehmer steht nicht zum Auftraggeber, sondern nur zu dem Auftragnehmer, der mit ihm die Vereinbarung getroffen hat, in vertraglichen Beziehungen.

Das Ausscheiden oder der Austausch eines „privilegierten Nachunternehmers“ im laufenden Verfahren kann nur auf Antrag erfolgen und bedarf der Genehmigung des Auftraggebers. Der Auftraggeber ist für diesen Fall verpflichtet, die Eignung des Bieters erneut festzustellen. Auf die Nachweise gemäß Nr. 4.5.1. wird verwiesen. Im Rahmen der Ermessensentscheidung durch den Auftraggeber werden auch praktische Gesichtspunkte erwogen.

Liegen die Voraussetzungen für die Berücksichtigung der Eignung eines privilegierten Nachunternehmers vor und erhält der Bieter den Auftrag, ist er berechtigt und

verpflichtet, den privilegierten Nachunternehmer in dem von ihm bezeichneten oder mit ihm ausgehandelten Umfang einzusetzen.

4.4. Anforderungen an das Angebot

4.4.1. Allgemeine Anforderungen

Unzulässig sind wettbewerbsbeschränkende Absprachen (§ 1 GWB), insbesondere Verabredungen oder Empfehlungen über Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten sowie über die zu fordernden Preise und die zu gewährenden Nachlässe oder weitere Angebotsinhalte bzw. Angebotsbedingungen, es sei denn, dass sie nach Maßgabe des GWB zulässig sind.

Das Angebot ist – soweit nichts anderes geregelt ist – einschließlich aller Anlagen schriftlich in deutscher Sprache abzugeben.

Sofern fremdsprachige Nachweise eingereicht werden, sind jeweils Übersetzungen in deutscher Sprache beizufügen. Auf ausdrückliches Verlangen des Auftraggebers hat der Bieter die Übersetzung durch einen in der Bundesrepublik Deutschland für die jeweilige Sprache amtlich vereidigten Übersetzer nachzureichen.

Das Angebot ist in **zweifacher** Ausfertigung in Papierform einzureichen (1 x Original / 1 x Kopie des Originals).

Jedem Angebot ist eine identische Ausfertigung im pdf- oder tif-Format auf CD-ROM / DVD-ROM beizufügen. Auf der CD-ROM / DVD-ROM sind jeweils gesonderte Dateien anzulegen, und zwar eine für das Angebotsdeckblatt und je eine für jede im Angebotsdeckblatt bezeichnete Anlage. Die Dateien haben das Original mit den Unterschriften des Bieters wiederzugeben. Es wird darum gebeten, die Anlagen zum Angebotsdeckblatt sowie dem Leistungsverzeichnis durch die mit in den Unterlagen versendeten Trennblätter zu separieren. Die Trennblätter sind mit der entsprechenden „Anlagennummer“ und dem Namen der Anlage laut Angebotsdeckblatt zu kennzeichnen (bspw.: „Anlage 1 Unternehmensbeschreibung“, „Anlage 2 Referenzen“ usw.) und auszudrucken.

Für das Angebot sind die vom Auftraggeber per E-Mail zur Verfügung gestellten (oder per Post übersandten) Anlagen zu verwenden. Das Angebotsdeckblatt ist zu unterschreiben. Um eine Angabe von Vor- und Zuname in Druckbuchstaben wird gebeten.

Das Angebot wird bei Dataport aus organisatorischen Gründen eingescannt. Deshalb ist zusätzlich das Merkblatt „Angebotsaufbereitung“ zu beachten.

Es wird darauf hingewiesen, dass Änderungen oder Ergänzungen an den Vertragsunterlagen nicht zulässig sind und den Ausschluss des Angebotes bewirken.

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass unvollständige Angebote vom Verfahren ausgeschlossen werden können. Es liegt daher im Interesse des Bieters, sämtliche von ihm geforderten Erklärungen und Nachweise bereits mit dem Angebot vorzulegen. Es liegt allein im Ermessen des Auftraggebers, zu diesem Zeitpunkt fehlende Erklärungen und Nachweise unter Einräumung einer erneuten Frist gemäß § 19 EG Abs. 2 VOL/A nachzufordern. Bei einem Verzicht auf Nachforderung oder einer Nichteinhaltung der gesetzten Nachforderungsfrist durch den Bieter ist das Angebot als unvollständig auszuschießen.

Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

Insbesondere können nach § 19 EG Abs. 3 lit. d) VOL/A solche Angebote ausgeschlossen werden, denen der Bieter eigene Allgemeine Geschäftsbedingungen beifügt oder auf diese verweist bzw. in irgendeiner Weise erklärt, dass sie gelten sollen.

Auf elektronischem Wege übermittelte Angebote, wie Fernschreiben, Telegramme, Telebriefe, Telex, Telefax oder E-Mail sind nicht zugelassen.

4.4.2. Anforderungen an die Preisgestaltung

Das Preisblatt (Teil C der Vergabeunterlagen) ist vollständig auszufüllen. Die Hinweise sind zu beachten.

Entspricht der Gesamtbetrag einer einzelnen Angebotsposition nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengensatz und Einheitspreis, so ist der Einheitspreis maßgebend.

Entspricht der Gesamtbetrag aller Angebotspositionen nicht der Summe der einzelnen Angebotspositionen, so sind die einzelnen Angebotspositionen maßgebend.

4.4.3. Lose

Die Leistungen werden nicht losweise vergeben.

4.4.4. Nebenangebote und Änderungsvorschläge

Nebenangebote oder Änderungsvorschläge sind nicht zugelassen.

4.5. Angaben über den Bieter

4.5.1 Erklärungen

Zusätzlich zu den Erklärungen im Angebotsdeckblatt gibt der Bieter folgende Erklärungen ab:

- a) Unternehmensbeschreibung; der Auftraggeber stellt hierfür einen Vordruck zur Verfügung, der zu verwenden ist (**Anlage 1**). Der Auftraggeber bittet ausdrücklich darum, darüber hinaus von der Übersendung von Unternehmensbroschüren und sonstigen allgemeinen Werbemitteln abzu-sehen.
- b) Referenzliste; der Auftraggeber stellt hierfür einen Vordruck zur Verfügung, der zu verwenden ist (**Anlage 2**).
- c) Ggf. Liste privilegierter Nachunternehmer; der Auftraggeber stellt hierfür einen Vordruck zur Verfügung, der zu verwenden ist (**Anlage 3**).
- d) Ggf. Erklärung Nachunternehmer; der Auftraggeber stellt hierfür einen Vordruck zur Verfügung, der zu verwenden ist (**Anlage 4**).
- e) Ggf. Anlage für Bietergemeinschaften; der Auftraggeber stellt hierfür einen Vordruck zur Verfügung, der zu verwenden ist (**Anlage 5**).

Bezüglich der angeforderten Unterlagen wird darauf aufmerksam gemacht, dass ein Hinweis des Bieters auf bei dem Auftraggeber ggf. bereits vorliegende Unterlagen nicht ausreicht.

Bis zum Ablauf der Bindefrist kann bezogen auf den Auftrag die Vorlage entsprechender Bankauskünfte sowie Nachweise darüber, dass der Bieter seinen gesetzlichen Pflichten zur Zahlung der vom Finanzamt erhobenen Steuern sowie zur Zahlung der Beiträge zur Sozialversicherung nachgekommen ist, nachverlangt werden.

Die Nachweise zu lit. a) und b) sind in jedem Fall vorzulegen. Der Nachweis zu a) ist im Falle von Bietergemeinschaften oder privilegierten Nachunternehmern für jedes Mitglied bzw. jedes Unternehmen einzureichen; der Nachweis zu b) ist in im Falle von Bietergemeinschaften oder privilegierten Nachunternehmern nur einmal einheitlich einzureichen.

Bieter, die die geforderten Nachweise noch nicht oder nicht vollständig erbringen können (z. B. neu gegründete Unternehmen), haben darauf hinzuweisen und entsprechende andere Unterlagen (z. B. Unternehmensplanungen, Ausbildungsnachweise etc.) vorzulegen, die eine Beurteilung in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht bzw. in fachlicher und technischer Hinsicht zulassen.

Ansprechpartner: Im Angebotsdeckblatt ist ein zentraler Ansprechpartner zu benennen. Dieser gilt im gesamten Vergabeverfahren als Ansprechpartner für den Auftraggeber. Das bedeutet, dass der Auftraggeber sämtliche Kommunikation (insbesondere E-Mail Kommunikation) ausschließlich mit diesem Benannten führt.

Fällt der Ansprechpartner z.B. wegen Krankheit, Kündigung etc. aus, hat der Bieter dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen und eine andere natürliche Person als Ansprechpartner zu benennen. Die erstmalig im Angebotsdeckblatt angegebene E-Mail-Adresse wird in einem solchen Fall bis zum Abschluss des Verfahrens weiterverwendet.

5. Verfahren nach Submission

5.1. Verfahrensablauf nach Eingang der Angebote

Nach Ablauf der Angebotsfrist (ab **03.12.2013**, 13.01 Uhr) werden alle eingegangenen Angebote in nicht-öffentlicher Sitzung geöffnet. Sodann werden alle Angebote in folgenden vier aufeinander folgenden Stufen geprüft:

- Ordnungsmäßigkeitsprüfung
- Eignungsprüfung
- Preisauskömmlichkeitsprüfung
- Wirtschaftlichkeitsprüfung

5.1.1. Ordnungsmäßigkeitsprüfung

Zunächst werden alle Angebote in formeller Hinsicht anhand folgender Kriterien geprüft:

- Rechtzeitigkeit des Eingangs des Angebots
- ordnungsgemäßer Verschluss und äußerliche Kennzeichnung
- Verwendung des vorgeschriebenen Musters des Angebotsdeckblatts
- Unterzeichnung des Angebotsdeckblatts
- keine Änderungen oder Ergänzungen an den Vertragsunterlagen
- Zweifelsfreiheit von Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen
- Vollständigkeit der Unterlagen gemäß Angebotsdeckblatt

Sodann überprüft der Auftraggeber, ob jeder Bieter nur ein Angebot abgegeben hat.

5.1.2. Eignungsprüfung

Die Eignungsprüfung erfolgt in drei aufeinander folgenden Teilschritten.

5.1.2.1. Schritt 1: Fachkunde

Zur Prüfung der Fachkunde wertet der Auftraggeber die **Anlage 1** (Unternehmensbeschreibung) aus.

Als fachkundig ist nur derjenige Bieter anzusehen, der über die speziellen auftragsspezifischen Sachkenntnisse verfügt, die erforderlich sind, um die Leistung fachgerecht vorbereiten und ausführen zu können.

Ein Bieter gilt in diesem Vergabeverfahren als fachkundig, wenn er aufgrund seiner Geschäftstätigkeit, seiner Historie und seiner Position und seiner strategischen Ausrichtung am Markt keinen Anlass zu Zweifeln gibt, den zu vergebenden Auftrag (bzw. den ihn davon betreffenden Teil) fachgerecht ausführen zu können. Bei Bie-

tergemeinschaften oder privilegierten Nachunternehmerschaften gilt der stärkste Einzelnachweis eines an der Bietergemeinschaft beteiligten Unternehmens bzw. eines privilegierten Nachunternehmers für die Beurteilung des Angebots in dieser Hinsicht.

5.1.2.2. Schritt 2: Leistungsfähigkeit

Leistungsfähig ist, wer über die personellen, kaufmännischen, technischen und finanziellen Mittel verfügt, um den Auftrag fachlich einwandfrei und fristgerecht ausführen zu können.

Der Auftraggeber hat folgendes Mindestkriterium für die Leistungsfähigkeit eines Bieters festgelegt:

- Bei der Auftragsdurchführung im Kontakt zum Auftraggeber hat der Auftragnehmer nur Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzusetzen, die in ausreichendem Maße über Kenntnisse der deutschen Sprache in Wort und Schrift verfügen.

Soweit dem Auftraggeber keine gegenteiligen eigenen Erkenntnisse vorliegen, beschränkt sich die Prüfung der Einhaltung dieses Mindestkriteriums auf die rechtsverbindliche Abgabe der im Angebotsdeckblatt hierzu enthaltenen Erklärungen.

Für die Feststellung der Leistungsfähigkeit wertet der Auftraggeber die **Anlage 2** (Referenzliste) sowie das Angebotsdeckblatt aus.

Der Bieter benennt in der **Anlage 2** vergleichbare Referenzprojekte, die er nach dem 31.12.2006 erfolgreich abgeschlossen hat. Eine Referenz ist dann mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar,

- wenn sie den sich aus der Leistungsbeschreibung (Teil B der Vergabeunterlagen) ergebenden Rahmenbedingungen (Art der Leistung, Vertragsdauer, technisches Umfeld etc.) im Wesentlichen entspricht.
- Insbesondere wird im Rahmen der Vergleichbarkeit berücksichtigt, in wieweit die Referenzprojekte mit dem Auftraggeber vergleichbare Referenzauftraggeber beschreiben.
- Ebenso gehört zur Vergleichbarkeit, dass die Referenzen erkennen lassen, dass eine vergleichbare Anzahl von Organisationseinheiten (Schulen und auch Schulträger!) mit vergleichbaren Nutzermengen umfasst waren.

Voraussetzung für die Bewertung einer Referenz ist die Benennung eines Ansprechpartners des Referenzkunden (die Benennung eines Ansprechpartners auf Seiten des Bieters reicht nicht aus). **Fehlt diese Angabe, so wird die betreffende Referenz bei der Wertung nicht berücksichtigt. Es wird in diesem Fall auch keine weitere Referenz nachgefordert.**

Die Bewertung erfolgt in einer Gesamtbetrachtung der eingereichten Referenzen. Dabei ist es nicht zwingend erforderlich, mehrere Referenzen einzureichen, um die erforderliche Eignung nachzuweisen. Dies kann auch mit einer einzigen Referenz, die den Auftragsgegenstand in außergewöhnlichem Maße widerspiegelt, erreicht werden. Der Auftraggeber ermöglicht es dem Bieter allerdings, mehrere Referenzen einzureichen, um die Abdeckung des Auftragsgegenstandes zu erleichtern.

Unter Bezugnahme auf den Beschluss des OLG Düsseldorf (Beschluss vom 12.09.2012 – Verg 108/11), in dem der Vergabesenat eine Leistungsbeschreibung, die die Referenzenanzahl auf drei beschränkt hat, als vergaberechtswidrig angesehen hat, weist der Auftraggeber auf Folgendes hin:

Der Auftraggeber gibt für die einzureichenden Referenzen keine Beschränkung vor. Allerdings geht der Auftraggeber davon aus, dass für die positive Feststellung der Leistungsfähigkeit eine Betrachtung von 1-3 vergleichbaren Referenzen grundsätzlich ausreichend ist. Dies ist jedoch keine zwingende Vorgabe, so dass dem Bieter im Falle eines Einreichens von mehr als 3 Referenzen keine Nachteile entstehen. Der Hinweis, möglichst 1-3 vergleichbare Referenzen einzureichen, ist dem Gedanken geschuldet, dass der Auftraggeber davon ausgeht, dass es nicht erforderlich ist, eine höhere Anzahl von Referenzen einzureichen, um die Erfahrung hinsichtlich des Beschaffungsgegenstandes bewerten zu können. Zudem kann die Auswertung einer sehr hohen Anzahl von Referenzbeschreibungen eine unverhältnismäßig lange Bearbeitungszeit beanspruchen.

Lässt die Bewertung der **Anlage 2** die Prognose nicht zu, dass der Bieter den Auftrag fachlich einwandfrei und fristgerecht ausführen wird, so wird die Leistungsfähigkeit verneint und das Angebot von der weiteren Wertung ausgeschlossen.

Der Auftraggeber wird ggf. stichprobenweise je Bieter eine Referenz überprüfen. Ergeben sich bei dieser stichprobenhaften Prüfung Bedenken hinsichtlich der Qualität der Ausführung, kann ggf. eine zweite Referenz überprüft und unter Berücksichtigung der gewonnenen Erkenntnisse eine erneute Bewertung vorgenommen werden. Äußert ein Auftraggeber durchgreifende Vorbehalte bezüglich der Qualität der Ausführung eines Referenzprojekts oder ergibt sich, dass Angaben zum Refe-

renzprojekt im Nachweis gemäß Ziffer 4.5.1. nicht zutreffend sind, wird das Angebot von der weiteren Wertung ausgeschlossen.

5.1.2.3. Schritt 3: Gesetzestreue und Zuverlässigkeit

Zur Prüfung der Gesetzestreue und Zuverlässigkeit wertet der Auftraggeber das Angebotsdeckblatt aus. Gesetzestreue und zuverlässig ist ein Bieter, wenn er nach den Umständen des Einzelfalls in seiner Person und seinem allgemeinen Verhalten Gewähr dafür bietet, die von ihm angebotenen Leistungen, die Gegenstand des Vergabeverfahrens sind, gesetzeskonform und vertragsgerecht und damit in sorgfältiger Art und Weise auszuführen. Ein Bieter gilt als gesetzestreu und zuverlässig, wenn er in den zurückliegenden drei Jahren seit Abgabe des Angebotes keinen Tatbestand im Sinne der §§ 6 Abs. 5, 6 EG Abs. 4, 6 VOL/A verwirklicht hat und die Erklärungen im Angebotsdeckblatt zutreffend abgegeben hat. Soweit dem Auftraggeber keine gegenteiligen eigenen Erkenntnisse vorliegen, beschränkt sich die Prüfung allein auf die rechtsverbindliche Abgabe der im Angebotsdeckblatt enthaltenen Erklärungen.

Ein Bieter ist nur dann geeignet, wenn er sowohl fachkundig als auch leistungsfähig als auch gesetzestreu und zuverlässig ist.

5.1.3. Preisauskömmlichkeit

Sodann wird der angebotene Preis auf seine Preisauskömmlichkeit hin geprüft. Ein Angebotspreis gilt als auskömmlich, wenn der Bieter durch die Preisgestaltung nicht Gefahr läuft, bei Durchführung des ausgeschriebenen Auftrags insolvent zu werden und ein eventuell besonders niedriger Preis nicht in der Absicht angeboten wird, Konkurrenzunternehmen nicht nur in dieser Ausschreibung preislich zu unterbieten, sondern insgesamt vom Markt zu verdrängen. Soweit dem Auftraggeber keine gegenteiligen eigenen Erkenntnisse vorliegen, beschränkt sich diese Prüfung allein auf die rechtsverbindliche Abgabe der im Angebotsdeckblatt enthaltenen Erklärungen.

5.1.4. Wirtschaftlichkeitsprüfung

Verbleiben nach dem 3. Prüfungsschritt, der Preisangemessenheitsprüfung, zwei oder mehr Angebote in der Wertung, erfolgt deren Wirtschaftlichkeitsprüfung anhand der mitgeteilten Zuschlagskriterien.

Siehe hierzu das Dokument „Teil B - Leistungsbeschreibung“.

5.2. Information über die Zuschlagsabsicht / Erteilung des Zuschlags

Der Bieter, dessen Angebot den Zuschlag erhalten soll, wird darüber benachrichtigt. Die übrigen Bieter werden gemäß § 101a Abs. 1 GWB informiert.

Frühestens 10 Tage nach Absendung der Mitteilungen gemäß § 101a Abs. 1 GWB wird der Zuschlag erteilt.

6. Vergaberechtliches Nachprüfungsverfahren

Etwaige Verstöße gegen Vergabevorschriften im Rahmen der Bekanntmachung oder dieser Vergabeunterlagen sind unverzüglich nach Kenntnisnahme (spätestens 14 Tage nach Erhalt der Unterlagen) und im Falle des Nichterkennens aber Erkennenkönnens spätestens bis zum Ablauf der Angebotsfrist gegenüber dem Auftraggeber per E-Mail bei der in Nr. 4.2.1 dieser Bewerbungsbedingungen benannten Stelle zu rügen. Ebenso sind sonstige Verstöße gegen Vergabevorschriften von Bietern ab Kenntnisnahme unverzüglich gegenüber dem Auftraggeber per E-Mail bei der in Nr. 4.2.1. dieser Bewerbungsbedingungen benannten Stelle zu rügen.

Der Auftraggeber weist ausdrücklich darauf hin, dass Rügen abweichend von der vom Auftraggeber bevorzugten Erhebung per E-Mail nach den gesetzlichen Regelungen auch auf anderem Wege erhoben werden dürfen; in jedem Fall liegt es im Interesse eines Bieters, die Rüge in Schriftform anzubringen.

Hilft der Auftraggeber dem gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften nicht ab, darf der Bieter einen Antrag auf Einleitung eines vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahrens nur innerhalb von 15 Tagen seit Erhalt der Benachrichtigung über die Nichtabhilfe stellen. Eine spätere Anrufung der Vergabekammer aufgrund des gerügten Verstoßes gegen Vergabevorschriften ist gemäß § 107 GWB ausgeschlossen.

Vergabekammer im Sinne des § 104 GWB:

Vergabekammer der Freien Hansestadt Bremen beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Ansgaritorstraße 2

28195 Bremen

Telefon: 0421 361-6704

Fax: 0421 496-6704

E-Mail: vergabekammer@bau.bremen.de

Anhang zu den „Bewerbungsbedingungen“: Beschreibung der Nutzwertanalyse

Die Nutzwertanalyse ist eine Methode zur systematischen Entscheidungsvorbereitung bei der Auswahl von Projektalternativen.

Sie analysiert eine Menge an Handlungsalternativen mit dem Zweck, die einzelnen Alternativen entsprechend den Präferenzen des Entscheidungsträgers bezüglich eines mehrdimensionalen Zielsystems zu ordnen. In Bezug auf das vorliegende Verfahren ist die Nutzwertanalyse geeignet, die Angebote der Bieter systematisch zu ordnen, so dass eine Entscheidung für einen Bieter ermöglicht wird und zugleich nachvollziehbar und überprüfbar ist (konsistente Präferenzordnung).

Die Nutzwertanalyse ist ein gängiges Verfahren zur Entscheidung bei Zielpluralität, durch den das vorliegende Vergabeverfahren infolge seiner komplexen und unterschiedlichen Anforderungen gekennzeichnet ist. Alle Vor- und Nachteile werden einheitlich als Nutzengrößen der jeweiligen Entscheidungsalternativen erfasst. Das Ergebnis zeigt den relativen Nutzen der Alternativen im Verhältnis zueinander.

Grundsätzlich ist die Nutzwertanalyse für Entscheidungsprobleme aller Art verwendbar, bei denen qualitative (nicht-monetäre) Aspekte die Auswahl bestimmen oder mitbestimmen. Beispiele hierfür sind Beschaffungs- und Standortentscheidungen sowie politische Maßnahmen aller Art.

Es handelt sich um eine Bewertungstechnik, die vom Bundesfinanzminister zur Ermittlung der Wirtschaftlichkeit von Alternativen anerkannt ist (siehe dazu die Arbeitsanleitung des BMF zu den Vorl. VV zu § 7 BHO vom 31.08.1995, II A 3 – H 1005 – 23/95).

Das Verfahren lässt sich in die folgenden 6 Stufen gliedern:

1. Prüfungsgegenstände auswählen:

Voraussetzung ist, dass mehrere Prüfungsgegenstände zur Auswahl stehen. Vorliegend werden dies bei der Prüfung der Wirtschaftlichkeit die Angebote sein, die nicht aus formalen Gründen auszuschließen sind.

2. Kriterien auswählen:

Grundsätzlich werden zwei Gruppen von Kriterien unterschieden. Zum einen „Mindestkriterien“, deren Erfüllung zwingend gefordert ist. Zum anderen „Bewertungskriterien“, deren möglichst weitgehende Erfüllung wünschenswert ist.

3. Gewichtung der Bewertungskriterien:

Mit der Gewichtung der Bewertungskriterien wird ihre Bedeutung im Verhältnis zueinander festgelegt, d.h. es wird definiert, zu wie viel Prozent die vorgesehene Entscheidung von dem jeweiligen Kriterium abhängen soll. Der Gewichtung der Kriterien liegt ein eigener Abwägungsprozess zugrunde. Jedes Kriterium wird den anderen Kriterien mit der Frage gegenübergestellt, ob es weniger wichtig, gleich wichtig oder wichtiger als die anderen Kriterien ist und entsprechend ziffernmäßig bewertet. Daraus ergibt sich eine relative Gewichtung der Bewertungskriterien zueinander.

4. Grad der Zielerreichung (Erfüllungsgrade ermitteln):

Für jedes Bewertungskriterium wird getrennt festgelegt, in welchem Ausmaß das Kriterium erfüllt sein muss, d. h., für jedes Bewertungskriterium wird die Ausprägung der Zielerfüllung durch Zuweisung eines Punktwertes (Zielerfüllungsgrad) bestimmt. Für jedes Kriterium kann dieselbe maximale Punktzahl, hier 5 Punkte, erreicht werden.

Bis einschließlich Schritt 4 ist die Nutzwertanalyse im vorliegenden Verfahren be-

reits durchgeführt. Die Schritte 5 und 6 beziehen sich auf die Anwendung der Auswahlkriterien auf die jeweils wertbaren Angebote:

5. Vorauswahl nach „Mindestkriterien“:

Angebote, die ein Mindestkriterium (KO-Kriterium) nicht erfüllen, werden ausgeschlossen

6. Bestimmung von Teilnutzen und Gesamtnutzen:

Die Berechnung der Teilnutzenwerte erfolgt durch die Multiplikation der Zielerfüllungsgrade (Punkte) mit den Gewichten der einzelnen Bewertungskriterien (Prozentangabe). Der Gesamtnutzenwert einer Alternative ergibt sich aus der Addition der Teilnutzenwerte. Der maximal erreichbare Gesamtnutzwert beträgt somit 500.